

Scott, David

**Article — Digitized Version**

## Großbritannien und die Moskauer Wirtschaftskonferenz

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scott, David (1952) : Großbritannien und die Moskauer Wirtschaftskonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 5, pp. 279-282

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131521>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

richtig. Alle Einfuhren aus den USA unterliegen der Zollklassifikation „most favoured nations“, in die auch Deutschland eingestuft worden ist.

Außerdem läßt sich nicht generell ein Zollsatz für Maschinen anführen, wie dies in dem Aufsatz geschehen ist, da die 2 Zollsätze schwanken. Es hängt jeweils von der Art der Maschinen ab, welcher Zollsatz Anwendung findet, wobei das Kriterium darin besteht, ob Maschinen gleicher Art in Kanada gefertigt werden oder nicht.

Ferner trifft die Feststellung nicht zu, daß bei Einfuhren „aus allen anderen Ländern ein Zoll von 22 % erhoben werde“, da es neben den „most favoured nations“ und den „preferential duties“ noch „general duties“ gibt, die höher liegen als die beiden erstgenannten Klassifikationen.

Wir nehmen an, Ihnen mit diesen Hinweisen und Richtigstellungen gedient zu haben, und verbleiben

mit vorzüglicher Hochachtung!  
gez. Dr. H. G. Graf

## Eine niederländische Zuschrift zur Switch-Diskussion

Rotterdam, 31. März 1952

Sehr geehrte Herren,

In Ihrer März-Nummer werfen Sie die Frage auf, ob Switch-Geschäfte für die nationale Wirtschaft vorteilhaft sind.

Da dieser Artikel einige Irrtümer hinsichtlich der Abwicklung von Switch-Geschäften enthält, möchte ich nicht unterlassen hierauf hinzuweisen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Sie in einer folgenden Nummer diese Berichtigungen aufnehmen werden.

1. Sie sagen, daß der Zwischenhändler eine „nicht unbeträchtliche Gewinn-Marge“ erzielt. Naturgemäß kann darüber diskutiert werden, was unter einer „nicht unbeträchtlichen“ Gewinn-Marge zu verstehen ist. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß diese Marge, die vielleicht vor 1 oder 2 Jahren ziemlich hoch war, jetzt auf 1 à 2 % netto zurückgelaufen ist.

2. Es ist durchaus unrichtig, daß der niederländische Zwischenhandel einen

Export-Bonus erhält. Diese Export-Dollars sind ausschließlich für den reinen niederländischen Export nach Dollar-Ländern verfügbar. Da Switch-Geschäfte nur auf Grund von Transitgenehmigungen statthaft sind, ist Kontrolle möglich.

3. Vielfach ist Export nur möglich infolge von „dumping“, da sonst der Preis zu hoch käme. Direkter „bonafide“ Export findet also in keinem Falle statt.

Auch ohne Switch-Geschäfte wird immer ein Teil des deutschen Exports via Rotterdam verschifft werden, weil dies anscheinend für die betreffenden billiger ist.

In den meisten Fällen von Switch-Geschäften wird übrigens Verkehrstransit nicht von den niederländischen Behörden verlangt.

Für die Aufnahme dieser Richtigstellungen im voraus dankend, empfehle ich mich Ihnen

hochachtungsvoll  
Dr. F. C. K.

David Scott, London

## Großbritannien und die Moskauer Wirtschaftskonferenz

Wenn man die Moskauer Wirtschaftskonferenz beurteilen will, kommt der Stellung Großbritanniens besondere Bedeutung zu. In der Ansprache des Präsidenten der sowjetischen Handelskammer, Nesterow, wurde Großbritannien besonders hervorgehoben. Wie Nesterow erklärte, könnte der Handel zwischen der Sowjetunion und Großbritannien leicht den Vorkriegshöchststand von 227 Mill. £ im Jahre 1937 (fast dreimal so viel wie im Jahre 1951) erreichen, und „diese Ausdehnung könnte nicht nur durch einen erhöhten Umsatz der im anglo-sowjetischen Handelsaustausch üblichen Güter erzielt werden, sondern auch durch sowjetische Käufe von Fertigwaren, Gewürzen, Heringsen usw.“ Wenn auch diese allgemeinen Vorschläge Aufmerksamkeit erregten, haben vor allem die „inoffiziellen“ Verhandlungen, die von der britischen Delegation in Moskau geführt wurden, die Neugierde der Produzenten hervorgerufen.

Schon bevor die Konferenz eröffnet wurde, hatten britische Geschäftsleute und Parlamentsmitglieder Verhandlungen mit chinesischen Handelsdelegierten aufgenommen, und wenige Tage später wurde ein Tauschabkommen verkündet, in dessen Rahmen Großbritannien für 10 Mill. £ Textilien, Chemikalien und Metalle im Austausch gegen chinesische Kohlen, Borsten, Tungöl, Tee und andere Erzeugnisse im gleichen Wert an China liefern soll. Andere Tauschabkommen wurden mit Ostdeutschland (2 Mill. £ in jeder Richtung), Rumänien (2,5 Mill. £), Bulgarien (2,25 Mill. £) und der Tschechoslowakei (5 Mill. £) abgeschlossen. Außerdem hat die Sowjetunion das Angebot gemacht, britische Textilien und Bekleidung gegen Zahlung in Sterling zu kaufen. Mehr als hundert britische Textilfirmen

haben auf diese Anfrage hin Muster nach Moskau geschickt. Ein Londoner Kleiderfabrikant, ein Mitglied der britischen Delegation, der nach seiner Rückkehr über 500 Anfragen von interessierten Firmen erhielt, erklärte, daß allein die Verkäufe von Kleidung und Meterware nach den sowjetischen Ländern 20 Mill. £ erreichen könnten. Eine Gruppe von sieben britischen Geschäftsleuten ist zu weiteren Verhandlungen nach Peking gegangen.

### Die öffentliche Meinung

Die Reaktion der Handelskreise und der Presse auf diese Angebote ist noch unklar. Die Handelskammer von Manchester hat nach Beratung mit den Baumwoll- und Kunstseiden-Organisationen nach Moskau gekabelt, um Einzelheiten über den Textilbedarf Chinas zu erhalten, während die Federation of British Industries die ganzen Vorgänge ignorierte. Vor der Konferenz hatte die FBI. beschlossen, an der Konferenz nicht teilzunehmen, angesichts ihrer, wie sie vermutete, „weitgehend politischen Natur“, und hinterher hat sie ihre Mitglieder angewiesen, „sich nicht um die in Moskau erzielten Vereinbarungen zu kümmern“. Die Handelskammer von Nottingham, die die Wirk- und Strickwarenunternehmen in East Midland vertritt, hat sowjetische Handelsangebote durch die britische Delegation abweisen lassen. Sie erklärte, daß die Produzenten willens seien, Waren nach jedem Land zu liefern, und daß Kanäle vorhanden seien, durch die die Sowjetunion und China Aufträge vergeben könnten, die aber bisher nicht benutzt worden seien.

Die Haltung dieser und anderer Geschäftsorganisationen sowie die der meisten britischen Zeitungen ist an-

scheinend durch einige offensichtliche „Irregularitäten“ auf der Moskauer Konferenz bestimmt worden. Die zwei verbreitetsten Ansichten sind, daß die Konferenz nur eine Gelegenheit war, Propaganda zu treiben, und eine schlaue Methode darstellte, strategisch wichtige Güter zu erlangen. Es werden Fragen gestellt wie: Warum haben die Sowjets nicht schon lange Textilien gekauft? Warum betreiben die Chinesen ihre Geschäfte nicht durch die vorhandenen Kanäle? Versuchen sie, die Stellung der britischen Händler in China und Hongkong zu unterminieren? Welche Notwendigkeit bestand, diese Konferenz abzuhalten? Die einflußreiche „Times“ vertritt dagegen einen gemäßigteren Standpunkt. In einem Bericht vom 14. April sah „ein Sonderkorrespondent in Moskau“ in der Konferenz „eine Geste der Versöhnung“.

„Innerhalb der UdSSR.“, schreibt er, „gibt es wie in anderen Ländern viele verschiedene politische Strömungen. Zur gleichen Zeit, wo sich die heftigste Propaganda gegen die USA. und ihre Verbündeten richtet, werden konstruktive Anstrengungen gemacht, um die Beziehungen durch eine Ausweitung des Handels zu verbessern. Die Konferenz hätte leicht benutzt werden können, um Resolutionen gegen die strategischen Handelsrestriktionen zu erlassen, und solche Resolutionen hätten laute Befürworter im Westen finden können. Selbstverständlich hätte keine Einmütigkeit geherrscht, aber sicherlich wäre eine große Mehrheit vorhanden gewesen, die für Propagandazwecke von erheblichem Wert gewesen wäre. Die Tatsache, daß keine solche Resolution erlassen worden ist, ist ein Zeichen dafür, daß es nicht das Ziel der Konferenz gewesen ist, einen Punkt zu gewinnen oder Uneinigkeit zu säen, sondern den Weg für eine bessere Verständigung offen zu halten.“

Eine Woche später schrieb die „Times“ in einem Redaktionsartikel:

„Dieser neue Handel könnte, wenn er verwirklicht wird, eine willkommene Erweiterung der Geschäfte sein, die zwischen diesem Land und Ländern des Ostens bereits bestehen . . . Die Aussichten auf neue Märkte für britische Textilien könnten ohne Einschränkung begrüßt werden, besonders zu einem Zeitpunkt, wo die Schließung einiger Märkte im Inland wie im Ausland die Produktion von Lancashire und Yorkshire bis auf einen Depressionsstand gebracht hat, der seit vielen Jahren unbekannt war . . . Von jedem Standpunkt aus ist es wichtig, daß die Restriktionen des gegenseitigen Warenaustausches auf das Notwendigste begrenzt werden und daß, vorbehaltlich dieser Einschränkungen, so viel Handel wie möglich getrieben wird.“

#### **Die offizielle Haltung**

Die britische Regierung zeigt keine Begeisterung. In einer Unterhausansprache am 22. April stellte Henry Hopkinson, der Sekretär für den Außenhandel, den Geldwert des kommunistischen Angebots auf Textilkäufe nur als unbedeutend dar und warf die Frage auf, warum diese Verhandlungen nicht durch die vorhandenen Kanäle hätten geführt werden können oder durch offizielle Delegationen in London. Er erklärte ferner, daß „keine Notwendigkeit bestanden hätte, mit diesen internationalen Verhandlungen bis zur Moskauer Konferenz zu warten“. Trotzdem stellt er fest, daß „die Regierung Ihrer Majestät durchaus bereit sei, sich jede ehrliche Vereinbarung zunutze zu machen, um mehr Textilien zu exportieren, gleichgültig wie unorthodox die Art der Verhandlungsführung gewesen sein mag.“

Im Laufe dieser Erklärung verkündete Hopkinson, daß, als die ersten Berichte über diese Moskauer Verhandlungen in der Presse erschienen, der Präsident des Board of Trade persönlich an den Führer der sowjetischen Handelsdelegation geschrieben habe, um ihm die Unterstützung des Board of Trade in der Angele-

genheit anzubieten. In gleicher Weise hat der Außenminister an den britischen Geschäftsträger in Peking telegraphiert und ihn angewiesen, die chinesische Regierung darüber zu unterrichten, daß die in Moskau getroffenen Entscheidungen, Chinas Handel mit Großbritannien erheblich zu steigern, zur Kenntnis genommen worden seien und daß die britische Regierung hoffe, bald zu erfahren, welche Kanäle die Chinesen hierfür vorschlugen.

Bei der Behandlung des „inoffiziellen“ chinesisch-britischen 20-Mill.-£-Abkommens machte Hopkinson eine wichtige Enthüllung über den Export strategisch wichtiger Güter nach den kommunistischen Ländern. „Nach Berichten aus den verschiedensten Quellen“, sagte er, „sollen nur Textilien britische Erzeugnisse sein. Die Chemikalien und möglicherweise die Metalle würden . . . aus Ostdeutschland gegen Sterlingzahlung geliefert werden“. Angesichts der weit verbreiteten Ansicht, daß die Chinesen das Angebot, britische Textilien zu kaufen, nur gemacht hätten, wenn gleichzeitig strategische Güter verkauft würden, war dies eine interessante Feststellung. Mr. Hopkinson fuhr dann jedoch fort: „Selbst wenn die Exporte (Chemikalien und Metalle) von Ostdeutschland aus vorgenommen werden sollten, könnten wir sicherlich keiner Vereinbarung zustimmen, die eine Verschiffung verbotener Waren umfaßt.“

Daraus ergibt sich als Stellung des Sekretär für den Außenhandel also praktisch, daß Großbritannien an keinem Handelsabkommen mit dem Osten teilhaben will, wenn die daraus resultierenden Sterling-Zahlungen für die Bewegung strategischer Güter von einem kommunistischen Land nach einem anderen benutzt werden. Privat geben Regierungsbeamte zu, daß Großbritannien sich in einem Dilemma befindet: wirtschaftliche Notwendigkeiten auf der einen Seite und die Notwendigkeit, „nach außen rein dazustehen“, auf der anderen Seite.

#### **Der Konsumgüterbedarf der östlichen Länder**

Es besteht kein Zweifel, daß die östlichen Länder ihre Verhandlungen mit außerordentlicher Geschicklichkeit vorbereitet haben. Gleichzeitig legen jedoch die wirtschaftlichen Entwicklungen in der sowjetischen Einflußsphäre während der vergangenen Jahre den Gedanken nahe, daß der Zweck und die künftigen Auswirkungen der Moskauer Konferenz viel breiter sind als die „verdächtigen Irregularitäten“ vermuten lassen, daß nämlich eine ehrliche wirtschaftliche Basis für diesen neuen Bedarf an Konsumgütern vorhanden ist.

In dem von den Vereinten Nationen in Genf veröffentlichten „Economic Survey of Europe in 1951“ wird festgestellt, daß die Produktion des Maschinenbaus in der Sowjetunion auf Grund des Berichtes über den Fünfjahresplan insgesamt von 1940—1950 um 130 % gestiegen ist, und sich im Jahre 1951 um weitere 21 % erhöht hat. Auf dem Gebiet der Konsumgüter dagegen soll die Produktion der unter das Ministerium für Leichtindustrie fallenden Zweige (größtenteils Textilien, Schuhzeug und Haushaltsartikel) 1940 bis 1950 nur um 17 % gestiegen sein. Diese disproportionale Produktionssteigerung der Kapitalgüterindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie hat wahrscheinlich zwei Hauptauswirkungen:

Erstens hat sich die Sowjetunion zweifellos in wachsendem Maße von Maschinen und Ausrüstungen aus dem Westen unabhängig gemacht, und zwar sowohl quantitativ als auch hinsichtlich von Spezialtypen. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion jetzt selbst eine große Vielheit von Werkzeugmaschinen, Konstruktionsausrüstungen, Fahrzeugen wie auch von metallurgischen Erzeugnissen und Rohstoffen produziert, die sie früher nur gegen Devisen beziehen konnte oder die man ihr aus strategischen Gründen versagte. Diese kumulativen Fortschritte in der industriellen Entwicklung mögen die Sowjetunion in ein Stadium gebracht haben, in dem die Kapitalinvestitionen nicht mehr alle anderen Erwägungen beherrschen, wie sie es in den vergangenen 35 Jahren getan haben.

Zweitens, parallel mit dieser Entwicklung ist eine Erhöhung der Einkommen der breiten Masse und der Kaufkraft erfolgt. Vom Standpunkt der Sowjetunion ist es wichtig, daß zunehmende Mengen von Konsumgütern zur Verfügung stehen, um diesen wachsenden Bedarf zu decken, und zwar sowohl als Anreizmittel für eine weitere Produktionssteigerung wie auch als Einnahmequelle. Da auf die Umsatzsteuer für Konsumgüter über die Hälfte der Budgeteinnahmen entfällt und die stufenweisen Preissenkungen, die seit 1947 erfolgt sind, den Steuersatz erniedrigen, ist es notwendig, die Lieferungen von Konsumgütern zu erhöhen, damit die Gesamteinnahmen aus dieser Quelle das gleiche Niveau behalten. Textilien, Schuhe, Haushaltsgegenstände und andere Güter, die entweder im Inland produziert oder aus der Tschechoslowakei und anderen östlichen Ländern importiert werden, dürften noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, um den wachsenden Inlandsverbrauch zu befriedigen. Somit ist logischerweise ein wirtschaftlich notwendiger Grund gegeben, diese Güter aus Ländern außerhalb der sowjetischen Einflußsphäre einzuführen, der noch dadurch verstärkt wird, daß die Sowjets mit diesen Einfuhren der westlichen Welt die am wenigsten verwundbare Stelle ihrer Volkswirtschaft zeigen. Die Lage Chinas ist ähnlich. Die Bodenreform hat für 300 Mill. Chinesen, die vorher wenig besaßen, eine Bargeld-Kaufkraft geschaffen, während die Entwicklung der Industrie auch die Einkommen anderer Bevölkerungskreise erhöht hat. So mag eine bessere Versorgung mit Konsumgütern notwendig erscheinen, wenn Anreizmittel gegeben werden sollen, wenn die Währung stabilisiert werden soll, inflationistische Tendenzen unter Kontrolle gehalten werden sollen und wenn diese radikale Neuausrichtung der Wirtschaft aufrechterhalten werden soll.

Dazu kommt, daß die Struktur der chinesischen Importe sich in den vergangenen Jahren erheblich geändert hat. Vor dem Kriege bestanden die Haupteinfuhrposten Chinas aus Reis, Weizen, Mehl und Baumwolle. Im Jahre 1932 z. B. machten diese Produkte über 30 % der Gesamteinfuhren aus. Noch im Jahre 1950 entfielen 18 % der Importe auf Baumwolle. 1951 wurde jedoch aus Peking berichtet, daß die einheimische Baumwollproduktion um 40 % über die vorjährige Produktion gestiegen sei, daß China jetzt Selbstversorger in Baumwolle und Getreide geworden sei und daß sogar exportfähige Überschüsse an Baum-

wolle möglich werden könnten. Ein Ergebnis dieser Entwicklungen ist das Freiwerden von Devisen für andere Einfuhrgüter, was durch die erhöhte Produktion von Mineralien, tierischen Erzeugnissen, Nahrungsmitteln und anderen traditionellen Exportartikeln noch verstärkt wird.

Gleichzeitig haben die kommunistischen Führer Chinas wiederholt erklärt, daß ihr Land unabhängig von Kapitalgütereinfuhren aus dem Westen werde. Auf der Internationalen Industrie-Ausstellung in Karatschi im vergangenen März hat der Führer der chinesischen Delegation erklärt, daß die wirtschaftliche Blockade „die Entwicklung von Industrien im neuen China nur beschleunigt habe“. Bei der Eröffnung des chinesischen Pavillons, dem größten auf der Ausstellung, sagte er: „Industriematerial, Fertigfabrikate und Maschinen, auf deren Einfuhren wir angewiesen gewesen sind, können jetzt in unserem Lande selbst hergestellt werden.“ Zwei Tage später wurde in der sowjetischen Presse berichtet, daß die Sowjetunion China heute 65 % mehr industrielle und andere Ausrüstungen liefert als alle kapitalistischen Länder insgesamt vor dem zweiten Weltkrieg.

#### *Verlockende Angebote*

Diese bedeutenden wirtschaftlichen Veränderungen tragen dazu bei, daß sowohl China als auch die Sowjetunion bereit sind, Textilien und Konsumgüter in großem Maße einzuführen. Offensichtlich ist diese neue Situation von den Kommunisten auf der Moskauer Konferenz mit großer Geschicklichkeit bis zum äußersten ausgenutzt worden. Die weltweite Depression der Textilindustrien und die letzte Preissenkung in der Sowjetunion schufen gemeinsam einen Hintergrund, auf dem das kommunistische Angebot der Abnahme von Konsumgütern die größten Wirkungen haben mußte. Die Tatsache, daß diese Vorschläge Geschäftsleuten und Industriellen gemacht wurden, lassen vermuten, daß die Organisatoren der Konferenz entschlossen waren, ihre Vorschläge den westlichen Handelsinteressenten zu Gehör zu bringen, bevor ihnen Regierungsrestriktionen oder politische Interessen entgegentraten. Abgesehen von politischen oder propagandistischen Gründen fanden die Nicht-Kommunisten wenig Gegenargumente, und bei vielen wurde der Appetit angereizt. Und die Kommunisten konnten, indem sie diese Regeln strikt befolgten, trotzdem paradoxerweise die wirkungsvollste Propaganda treiben. Andere bedeutsame Aspekte boten die auf der Konferenz den Ländern Asiens, Südamerikas und des Mittleren Osten gemachten Angebote über Lieferungen von landwirtschaftlichen und industriellen Ausrüstungen gegen Rohstofflieferungen. Auch hier stellten die Kommunisten geschickt die wirtschaftlichen Erfordernisse und die Bemühungen dieser unterentwickelten Länder in Rechnung, ihre Vorstellungen über Auslandsanleihen und Investitionen und ihren Wunsch, Industrien zu schaffen, die von vielen Kapital-Exporteuren als „unwirtschaftlich“ angesehen werden. Der Präsident der sowjetischen Handelskammer erklärte, daß die Sowjetunion den Ländern Südasiens und des Mittleren Osten während der nächsten zwei oder drei Jahre Maschinen und Ausrüstungen im Werte von 750 Mill. \$ (zum offiziellen Wechselkurs

des Rubel gerechnet) liefern könnte. Die sowjetischen Handelsorganisationen könnten sie, nach Angaben Nesterows, mit „Industriegütern und -ausrüstungen, insbesondere für die Hütten-, Brennstoff- und chemische Industrie versorgen. Dies würde sie in die Lage setzen, ihre Rohstoffe selbst zu verarbeiten.“ Sie könnte ihnen auch, fuhr er fort, technischen Beistand bei dem Entwurf und der Konstruktion einzelner Unternehmen, Kraftanlagen, Bewässerungssysteme usw. leisten und ihnen Traktoren neben verschiedenen landwirtschaftlichen Geräten zur Verfügung stellen.

Für Südamerika sind Lieferungen von Fertigwaren, Maschinen, Holz, Zement und anderen Gütern vorgeschlagen worden. Im Austausch dagegen werde die Sowjetunion „traditionelle Exportgüter“ wie Kautschuk, NE-Metalle, Kaffee, Bananen, Citrusfrüchte und ähnliche Produkte aufnehmen. Nesterow erklärte, daß die sowjetischen Handelsorganisationen „bereit seien, Tauschabkommen abzuschließen, die Bezahlung der Güter in den örtlichen Währungen anzunehmen und die Beträge in den betreffenden Ländern auszugeben.“ Angesichts der Devisenschwierigkeiten, fügte er hinzu, „könnte dies in nicht geringem Maße zur Erweiterung des Handels beitragen.“

Gleiche Vorschläge wurden von der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Polen unterbreitet. Die Tschechoslowakei könnte diese Länder während der nächsten Jahre mit Drehbänken, Benzin- und Dieselmotoren, Pumpen, Ausrüstungen für Bewässerungsanlagen, Elektromotoren, Telephonanlagen, Traktoren, Kraftwagen und Motorrädern versorgen. Ostdeutschland war bereit, eine große Vielheit von Fertigwaren, von Straßenbau- und Textilmaschinen bis zu Registrier- vorrichtungen und künstlichen Gliedmaßen, zu exportieren und machte das Angebot, vollständige Anlagen zu errichten. Polen könnte Lokomotiven, Eisenbahnwagen und landwirtschaftliche Maschinen liefern.

Bisher ist, abgesehen von einer Lieferung von 100 000 t Stahl der Sowjetunion nach Pakistan für sofortige Lieferung, noch nichts über Handelsgeschäfte mit den unterentwickelten Ländern, die diesen Vorschlägen gefolgt sind, bekannt geworden. Es ist jedoch berichtet worden, daß die Sowjetunion vorgeschlagen habe, die transiranische Eisenbahn von ihrem nördlichen Endpunkt nach der sowjetischen Grenze im Austausch gegen iranisches Erdöl zu verlängern und daß Dr. Mossadeq diesen Vorschlag erwäge. Die Haltung einiger Asiaten gegenüber der Aufforderung, in Moskau Vorschläge zu unterbreiten, zeigt sich in der Tatsache, daß der Führer der pakistanischen Delegation, von Herausgeber der Zeitung „Dawn“, einen „Stalinplan“ für Asien forderte, da, wie er sagte, die Sowjetunion, die auf wirtschaftlichem Gebiet so ungeheure Fortschritte erzielt habe, jetzt eine positive und nützliche Rolle in der Entwicklung der unterentwickelten Länder spielen dürfte.

#### **Herausforderung an den Westen?**

So mag die Moskauer Konferenz vielfache Bedeutung gehabt haben. Eines ihrer Hauptthemen ist unzweifelhaft der Versuch gewesen, den nicht-kommunistischen Ländern zu zeigen, daß es in ihrem wirtschaftlichen Interesse liege, den Handel mit dem Osten auszuweiten. Und als nächster Schritt folgt: Warum überhaupt

aufrüsten, wenn ein gegenseitig nützlicher Handel zeigt, daß ein „nebeneinander Existieren“ möglich ist? Sicherlich war die Moskauer Konferenz ein Bemühen, das Verbot des Westens von strategischen Exporten zu brechen, es folgt jedoch aus den bisher seitens der kommunistischen Länder abgeschlossenen Handelsabkommen nicht, daß dies durch eine Verkopplung der Konsumgüterexporte mit strategischen Gütern erreicht werden sollte. Stattdessen schien die kommunistische Strategie zeigen zu wollen, daß die durch die Exportlizenzierung und Klassifikation strategischer Güter geschaffenen Handelsschranken ebenso unwirksam wie schädlich für den Westen sind. Dies wird durch die sowjetischen Angebote gezeigt, die unterentwickelten Länder mit Maschinen, Stahl und anderen Gütern beliefern zu wollen, die ihnen selbst durch diese Restriktionen versagt werden, ferner durch den Einschluß Ostdeutschlands als Lieferant von Chemikalien und Metallen in das chinesisch-britische Abkommen und durch die Bereitschaft dieser Länder, in weitem Ausmaß Konsumgüter zu importieren. Die Reichweite der Konferenz scheint weit über so begrenzte Ziele wie die Beschaffung strategischer Güter durch die Ausnutzung der Handelsbilanz- und industriellen Schwierigkeiten der westlichen Länder hinausgegriffen zu haben.

Die Fragen der Exportlizenzierung und der strategischen Güter blieben eben unter der Oberfläche der kommunistischen Ansprachen in Moskau, und alle Sprecher zeigten ihren Wunsch, Maschinen und Rohstoffe zu importieren. Die üblichen Frontalangriffe gegen diese Restriktionen, die die Wirtschaftskonferenzen der Vereinten Nationen gekennzeichnet haben, sind ausgeblieben. Stattdessen wurde den Geschäftsleuten vorgeschlagen: eine Erweiterung des Handels ist selbst bei den gegenwärtigen Verböten möglich, aber ohne die Verbote ist ein unbegrenzter Handel möglich. Die westlichen Delegierten sind unaufhörlich an die Schrumpfung ihrer traditionellen Märkte und an die weiten Absatzmärkte, die die östlichen Länder bieten, sowie an die erheblichen Mengen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die zur Verfügung ständen, wenn der Handel auf einer „gerechten“ Basis erweitert würde, erinnert worden.

Die Moskauer Konferenz erwies sich als eine klare Herausforderung an den Westen im allgemeinen und an die USA. im besonderen. Den USA. wurde symbolisch gezeigt, daß die Kommunisten bereit seien, ihre Alliierten, sowohl die entwickelten wie die unterentwickelten Gebiete, zu unterstützen, um eine wirtschaftliche Solvenz zu erreichen oder eine Industrialisierung zu ermöglichen. Und der sowjetische Block ist offensichtlich in der Lage, diese Rolle als „Wohltäter“ für die kapitalistische Welt zu übernehmen, nicht durch Finanzierung von Darlehen aus einem Defizit-Budget auf Kosten der Steuerzahler, sondern nur durch Ausdehnung des Handels — gleichzeitig zum eigenen Nutzen. Amerika wird so hingestellt, daß es zu seinem eigenen Schaden komplementäre Volkswirtschaften vor einander getrennt hält. Kurz gesagt, der sowjetische Block sucht auf wirtschaftlichem Gebiet „auf Grund seiner Stärke zu verhandeln“, auf dem bisher die unbestrittene Führerschaft bei den USA. lag.